

# Senioren-Union gibt Empfang mit 150 Gästen

**RELLINGEN** Innere Sicherheit, Flüchtlingszustrom und Terrorismus: Auch beim Neu-jahresempfang der Senioren-Union des CDU-Kreisverbands gestern Vormittag im „Rellinger Hof“ standen die Themen im Mittelpunkt, die zurzeit Politik und Bürger beherrschen. Dazu hatte Vorsitzender Josef Werner den CDU-Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder aus Rellingen, eingeladen. 150 Besucher waren gekommen, darunter Kreispräsident Burkhard Tiemann (CDU), die CDU-Landtagsabgeordnete Barbara Ostmeier sowie Abordnungen von CDU-Ortsverbänden aus dem Kreisgebiet.

„Die Probleme aus 2016 sind zum Jahreswechsel nicht gelöst, es sind neue hinzugekommen“, konstatierte Schröder. Deutschland stehe mit einem ausgeglichenen Bundeshaushalt und niedrigen Zinsen wirtschaftlich zwar gut da, aber die Syrienkrise sei nicht gelöst, der



**Josef Werner.**

Brexit habe stattgefunden und der neue US-Präsident Trump stelle alles in Frage, was Europa und die westliche Welt stark gemacht habe.

Hinsichtlich der Flüchtlingskrise sei es notwendig, die Migrationsströme zu kontrollieren, um zu verhindern, dass alle Menschen nach Europa kommen, führte der Christdemokrat weiter aus. Mit der Flüchtlingswelle sei auch der Terrorismus nach Deutschland gekommen. Es sei falsch zu sagen, dies müsse eine Demokratie aushalten. Schröder: „Die einzige Möglichkeit, die Freiheit zu behalten, ist, den Terrorismus zu bekämpfen, ihm den Garaus zu machen.“ Straftäter und



**Ole Schröder.**

KROHN (2)

nicht anerkannte Flüchtlinge müssten konsequent abgeschoben werden. Es sei skandalös, dass das Abschieberecht etwa in Schleswig-Holstein nicht konsequent umgesetzt werde. Und: „Wir brauchen auch mehr Polizei, denn mehr Präsenz sorgt für mehr Sicherheit.“

Hinsichtlich der anstehenden Landtagswahl im nördlichsten Bundesland zeigte sich Schröder zuversichtlich: „Schleswig-Holstein wird unter seinen Möglichkeiten regiert. Ich bin überzeugt, dass wir einen Wechsel hinbekommen.“ Die CDU sei gefragt, Antworten auf Populisten wie die AfD zu finden. *tk*